افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مبـــاد بدین بوم و بر زنده یک تن مــباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages	زبانهای اروپائی

Von Reinhard Lauterbach
07.11.2021

Tiefgestapelt

Abkommen zwischen Moskau und Minsk

Mikhail Metzel, Sputnik, Kremlin Pool Photo via AP

Russlands Präsident Wladimir Putin nimmt per Videokonferenz aus Sewastopol an der Sitzung mit seinem belarussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko teil (Donnerstag)

Politische Symbolhandlungen kann man protokollarisch aufwerten oder herunterspielen. Angesichts des jahrelangen Vorlaufs, den die am Donnerstag vollzogene Unterzeichnung der 28 »Fahrpläne« für Integrationsschritte zwischen Russland und Belarus hatte, hätte man dafür auch einen sogenannten großen Bahnhof veranstalten können. Beide Seiten entschieden sich für das Gegenteil: eine Videokonferenz.

Auch der Umstand, dass der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko ein von Wladimir Putin vorab unterschriebenes Dokument zum Abzeichnen zugeschickt bekam, sollte den Routinecharakter der Veranstaltung demonstrieren und gleichzeitig zeigen, wer das Sagen hat. Entsprechend wirkte Lukaschenkos Bemerkung »Dann unterschreibe ich jetzt mal« eher lustlos. Es ist klar, warum: Mit dem bisherigen Schwebezustand konnte er

gut leben und sich die Option einer »multivektoriellen« Außenpolitik und diverser Geschäftchen zum Nachteil Russlands offenhalten.

Auch Moskau hatte aber Gründe, das Ereignis nicht allzusehr hochzuspielen. Ganz offenkundig sollten in Belarus keine schlafenden Hunde geweckt und eine weitere Nationalisierung der Protestbewegung gegen Lukaschenko so gut es ging vermieden werden. Russland dürfte sich darüber im klaren sein, dass seine Unterstützung für Lukaschenko bei all denen, die dessen Herrschaft ablehnen, auf sein eigenes Image zurückfällt.

Insofern ist der Abschluss der Vereinbarung, auch wenn sie mit Lukaschenko getroffen wurde, auch eine Rückversicherung auf die Zeit nach ihm. Denn mit ihrem Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Integration setzt sie darauf, ökonomische Sachzwänge zu schaffen, die auch eine Nachfolgeregierung in Minsk nicht ignorieren kann. Putins Bemerkung vom September, für eine politische Union zwischen Russland und Belarus fehle derzeit die ökonomische Grundlage, weist in die Richtung solcher Überlegungen. Umgekehrt gesagt: Von folgenlosen Bruderschaftsschwüren hat Moskau genug; jetzt erwartet es praktische Konsequenzen.

Zweiter Punkt der russischen Kalkulation: Wenn diese ökonomische Grundlage erst einmal vorhanden sei, werde auch eine Nach-Lukaschenko-Regierung in Minsk sich gut überlegen müssen, ob sie dieses Geflecht zerstören will. Das Beispiel der Ukraine und ihres wirtschaftlichen Verfalls seit dem Ende der Handelsbeziehungen mit Russland braucht nicht explizit zitiert zu werden, um allen Beteiligten präsent zu sein.

Unfreiwillig komisch wirkte da der von vielen deutschsprachigen Medien übernommene Satz aus einer *dpa*-Meldung: »Unter dem Druck westlicher Sanktionen hat der Machthaber von Belarus, Alexander Lukaschenko, ein Dekret über eine weitere Integration in einen Unionsstaat mit Russland unterzeichnet.« Mit anderen Worten: Die westlichen Sanktionen haben das Gegenteil dessen bewirkt, was anstrebt war. Herzlichen Glückwunsch.

Junge Welt 06.11.2021